Die Weitsicht, die das Bundesverfassungsgericht nicht hatte

Posted on 26. November 2023 by Klaus Vater

Stellen Sie sich bitte vor, der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hätte mit Blick auf die Merz&Co-Klage zur Verfassungskonformität der Verschuldenspolitik von Legislative und Exekutive erklärt:
„Wir haben haben grundlegende Bedenken, die wir zunächst zurückstellen. Bundestag und Bundesregierung müssen aber innerhalb der laufenden Legislaturperiode eine vom Grundgesetz vollständig getragene sowie in der Zukunft für übergreifende Probleme taugliche Lösung finden. Wir stellen unsere gravierenden Bedenken vorübergehend zurück, weil wir nicht ausschließen können, dass die Folgen eines Finanzierungsverbots nicht kalkulierbare soziale, wirtschaftliche und die Klimaverbesserung schwächende Konsequenzen haben könnten. Charakteristikum der gegenwärtigen Situation ist für uns, dass uns eine überzeugende Folgenschätzung fehlt und wir uns daher jetzt einer Entscheidung verschließen müssen, wie sie vom Antragsteller gefordert wird…

…Wir erinnern in diesem Rahmen an unseren verstorbenen Richterkollegen Ernst-Wolfgang Böckenförde, der sagte: ‚Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.‘ Wir folgen diesem Satz in seinem geistig- kausalen Zusammenhang, fügen heute hinzu: Als Teil des freiheitlichen und säkularisierten Staats wollen wir einen Teil der grundlegenden Bedingungen nicht zerstören.“ Ende.

Ernst-Wolfgang Böckenförde 1986 (Foto: Lothar Schaack auf wikimedia commons)

An der grundsätzlichen Position der Karlsruher hätte sich nichts geändert. Geändert hätte sich, dass Herr Gujer, der erzkonservative Chefredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung* es nun endgültig über sich gekriegt hätte. Das hätten wir überstanden. (Gujer bringe das Kunststück fertig, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, als Schweizer so deutschnational zu poltern, wie es in Deutschland selber niemand diesseits der AfD kann.) Möglicherweise wäre der Verbrauch an Blutdruck senkenden Mitteln auf den Führungsebenen der Unionsparteien gestiegen (da wäre ein „gute Besserung" angebracht gewesen), aber in den Führungsetagen der Unternehmervereinigungen und in den Unternehmen wäre er gesunken. Aber so war es eben nicht. Ob gelingt, was sich die Fraktionen der Ampel-Koalition und die Bundesregierung als Ersatz für die als gesetzlos erklärten Sondertöpfe nun vorstellen, ist ungewiss.

- Gewiss ist, dass die Preise auf den Ausstoß von CO 2 steigen werden. Jedes Jahr. Im Wohnungs-, Verkehrs-, Bekleidungs- und Ernährungsbereich werden tiefgreifende Änderungen bezogen auf den Verbrauch kommen. Daher muss spätestens ab 2025 – wie fest versprochen -, den Bürgerinnen und Bürgern ein sogenanntes Klima-Geld als Kompensation für steigende Preise auf den CO 2 -Ausstoss gegeben werden. Mit einem Gegenwert von zwei Tankfüllungen wird es nicht getan sein.
- Sicher ist auch, dass der Umbau in den Unternehmen in Richtung Klimaneutralität viel, viel Geld kosten wird. Alleine werden die meisten, vorwiegend mittelständischen Betriebe das nicht leisten können – es wird Zuschüsse, verbilligte Kredite und Steuererleichterungen geben müssen.
- Sicher ist, dass beträchtliche Teile der Infrastruktur mit Blick auf die Klimaneutralität erneuert werden müssen.
- Sicher ist ferner, dass mehr und besser bezahlte, zudem sehr gut ausgebildete Beschäftigte in Kindertagesstätten, auf den Sozial- und Jugendämtern, in den Grund- und weiterführenden Schulen da sein müssen, um die die Grundlagen zu legen, damit der Umbau von der Personalseite her betrachtet, gelingen wird.
- Gewiss ist, dass für die Sicherung und Qualifizierung von Krankenhäusern viel Geld in die Hände genommen werden muss.
- Absehbar ist – last but not least-, dass die Sicherung und der Ausbau der Altenpflege enorm viel Geld kosten wird.

Heute ist davon nichts wirklich gesichert. Es ist zum Lachen, was da von der Opposition als Alternative geboten wird: Das Bürgergeld verringern. Migrationskosten senken. Der CDU-Haushälter Mathias Wolfgang Antonius Middelberg sagt, wenn der Bundesarbeitsminister eine Million Arbeitsplätze schüfe, würden 30 Milliarden Euro eingespart. Sag, wie man das macht, Meister Middelberg, und fang an damit im deutschen Bundestag.

Das ist die Lage. Die eingangs skizzierte Weitsicht hatte das Bundesverfassungsgericht nicht. Was nun kommt

und geleistet werden kann, wissen wir nicht.

Siehe auf *bruchstuecke* auch den Beitrag „Die Verfassungs-Schreiner und ihr Sondervermögen„.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren